Iserlohner Kreisanzeiger vom 16.07.2025
Hemer

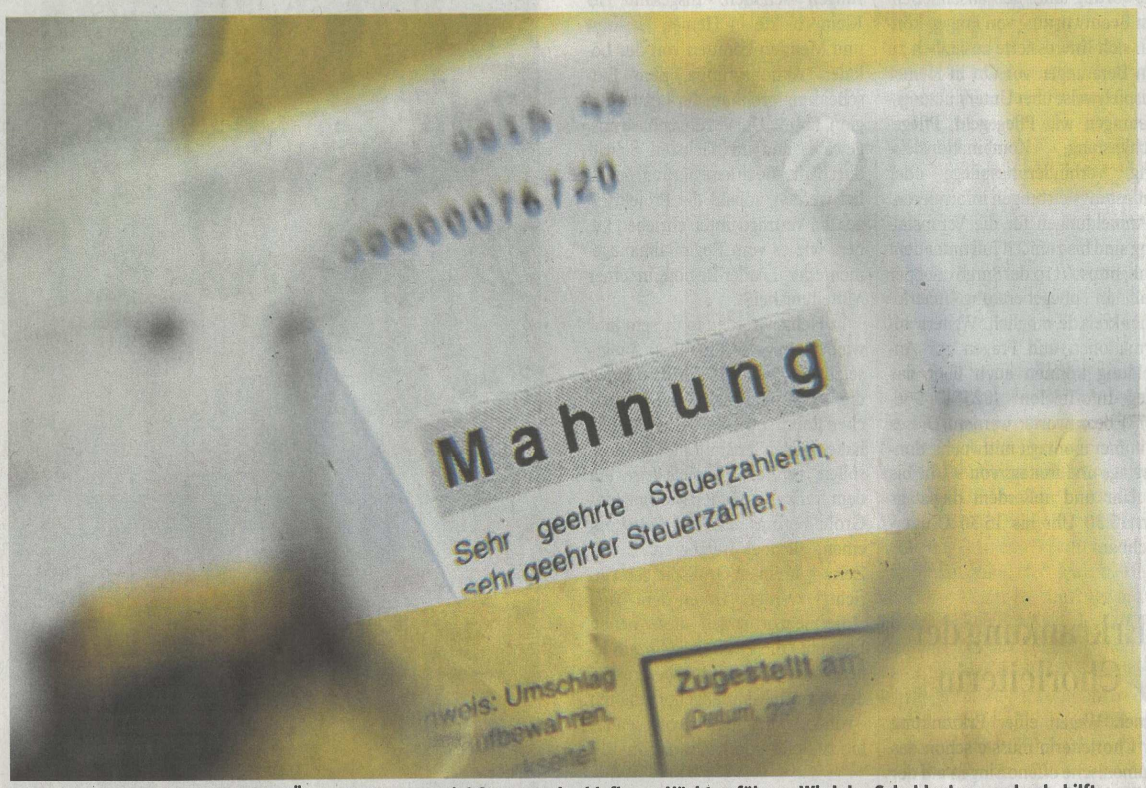
Wenn einem Mahnbriefe über den Kopf wachsen

Die Schuldnerberatungen der Awo und der Caritas haben ihre Berichte für das Jahr 2024 vorgestellt

Hendrik Schulze Zumhülsen

Hemer. Mit den gelben Briefen kommt der Druck. Rechnungen über Rechnungen stapeln sich, die Mahngebühren werden immer höher, der Gerichtsvollzieher kündigt sich an. Wenn der Schuldenberg zu hoch wird, bleibt vielen nur die Privatinsolvenz. Vorgeschaltet ist eine Schuldnerberatung. Die Awo spricht von 48 Privatinsolvenzen im Jahr 2024 in Hemer, die Caritas von 15 abgeschlossenen Verfahren in der Schuldnerberatung.

Der für Hemer zuständige Awo-Schuldnerberater Volker Marx nannte in seinem Bericht vor dem Sozialausschuss verschiedene Gründe, warum eine Person in die Überschuldung rutschen kann: Trennung, Arbeitslosigkeit, Krankheit und Suchteffekte seien oft die Auslöser, warum „das Kartenhaus auseinanderfällt." Hohe Kreditzinsen und gestiegene Lebensmittelpreise in den vergangenen Jahren sind laut Awo-Bericht ebenfalls Faktoren.



Die gelben Mahnbriefe können bei Überschuldung zu viel Stress und schlaflosen Nächten führen. Wird der Schuldenberg zu hoch, hilft manchmal nur die Privatinsolvenz. DPA

Restschuldbefreiung ist das Recht eines jeden Bürgers

Die am Ende eines Insolvenzverfahrens stehende Restschuldbefreiung sei, so Marx, keine „Nettigkeit", sondern das Recht eines jeden Bürgers. „Wenn die gelben Briefe nicht mehr kommen, sind sie entspannter und werden zu völlig anderen Menschen", beschrieb Marx die Folge so eines Verfahrens. Zudem hänge an dem Schuldner oft eine Familie, die darunter leidet.

Weiterhin stehen Pflichten und Hürden vor der Restschuldbefreiung. Der Schuldner muss sich vorher in einer Schuldnerberatung intensiv beraten lassen und zudem eine außergerichtliche Einigung mit den Gläubigern anstreben. „Ohne unsere Bescheinigung gibt es kein Verbraucherinsolvenzverfahren mit Restschuldbefreiung", erklärte der Awo-Schuldnerberater weiter. Es gehe darum, die wirtschaftlichen Grundlagen wiederherzustellen.

Nach dem Beschluss zur Eröffnung des Insolvenzverfahrens folgen „drei Jahre unter Kontrolle". Das Einkommen werde bis zur Pfändungsgrenze an den Insolvenzverwalter abgeführt, der finanzielle Spielraum ist eingeschränkt. Arbeitsfähige Schuldner, die keiner Arbeit nachgehen, müssen sich außerdem um Arbeit bemühen. „Der Insolvenzverwalter wird fragen: Wie viele Bewerbungen haben sie schon geschrieben?", so Marx weiter. Es werde Druck aufgebaut, um die Schuldner wieder auf vernünftige, wirtschaftliche Beine zu stellen.

Es gebe aber auch Schuldner, die ein Insolvenzverfahren abbrechen. Volker Marx schätzt, dass dies bei 10 bis 15 Prozent der Verfahren der Fall ist. „Manchmal kooperiert der Schuldner nicht, ist unbekannt verzogen, steckt den Kopf in den Sand, oder die Sucht oder die Erkrankung kommen wieder hoch", beschrieb es Marx. Die postalische Erreichbarkeit ist Pflicht. Wenn das Verfahren eingestellt wird, fällt naturgemäß auch die Restschuldbefreiung aus. Zudem gebe es eine Handvoll von Fällen, die auch nach der überstandenen Insolvenz wieder in die Schulden abstürzen. „Das hat meist mit fehlender finanzieller Bildung oder psychischen Erkrankungen zu tun", schätzte der Schuldnerberater die Situation ein.

In den Alltag der Schuldnerberatung gab auch Justus Köhne von der Caritas-Schuldnerberatung Iserlohn Einblicke. „Viele kommen mit Tüten von ungeöffneten Briefen an. Die müssen wir erst einmal sortieren", erklärte der Schuldnerberater. Um in das Insolvenzverfahren zu eröffnen, müssen alle Gläubiger recherchiert werden. Teilweise würden Unterlagen fehlen. Manchmal scheitere es an der mangelnden Mitwirkung der Betroffenen.

Auch junge Menschen sind häufig betroffen

Auch junge Menschen seien oft betroffen von Überschuldung, wie Awo-Schuldnerberater Volker Marx auf Nachfrage im Ausschuss mitteilte. „Das geht schnell. Übermäßig viele junge Leute Ende 20 haben einen Schuldenberg, der selbst mit geregelter Arbeit nicht abgebaut werden kann", beschrieb Marx. Vor allem Klarna-Kredite, Schulden bei Telefonanbietern und Vario-Kredite würden sich anhäufen. Bei Kurzzeitfinanzierungen nach dem Motto „buy now, pay later" (engl. „Jetzt kaufen, später bezahlen") würden sich viele verkalkulieren. Die Ratsmitglieder Diana Naujocks (CDU) und Anke Strehl (SPD) regten in diesem Zusammenhang Präventionsarbeit an den Schulen an.

Die Schuldner- und Insolvenzberatung der Awo und der Caritas in Hemer hat im Jahr 2024 Kosten von rund 54.500 Euro erzeugt. Durch den Märkischen Kreis wurde laut Verwaltung ein Zuschuss von rund 31.100 Euro gewährt, sodass bei der Stadt Hemer Kosten von rund 23.400 Euro verbleiben.